

# Diskurs der Verantwortungsübernahme

Klaus-Jürgen Bruder

Was ist ein Diskurs? 10

eine „paradoxe“ Situation 13

„Deutschland muss mehr Verantwortung übernehmen“ 21

24 Lüge

32 Erkenntnisfurcht, Verleugnung

33 Verkehrung

37 Drohung, Beschwörung

Die zentrale Forderung im Diskurs des Neoliberalismus 40

Es ist Krieg 43

Anhang 44

## Diskurs der Verantwortungsübernahme<sup>1</sup>

Mitte Februar 2015 wurden wir mit einem „Hoffnungsschimmer“ (von Angela Merkel) gefoppt:

„Frieden, zumindest Waffenstillstand in der Ukraine!“

Aber bereits unmittelbar nach dem Gipfel von Minsk hat der ukrainische Präsident Poroschenko die Vereinbarungen des Treffens wieder in Frage gestellt und die militärischen Angriffe gegen das Gebiet der Volksrepubliken fortgesetzt.<sup>2</sup>

Damit handelt er wahrscheinlich im Geist der Vereinbarung:

Wie Wolfgang Ischinger, auf der Münchner Sicherheitskonferenz als deren Vorsitzender, erklärt hat, müsse man zwar den Kampf "zwischen Russland und dem Westen vom militärischen Feld zurück auf das ökonomische" bringen

Aber das sei nur i.S. einer "Doppelstrategie" zu verstehen:

„Kampf“ soll es bleiben,  
auch wenn er auf das ökonomische Feld verlegt werden soll.<sup>3</sup>

Es bleibe dabei, dass der Westen auch in Zukunft eine "Position der Stärke" demonstrieren müsse.

Dem tragen beispielsweise die Beschlüsse des NATO-Gipfels vom September Rechnung, auf dem die Mitgliedstaaten sich auf die Einrichtung einer Eingreiftruppe ("Speerspitze") einigten.

Dieses Jahr ist Deutschland führend an ihr beteiligt.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> „Krieg um die Köpfe. Der Diskurs der Verantwortungsübernahme“. Jahrestagung der Neuen Gesellschaft für Psychologie. Berlin: Freie Universität, 5. bis 8. März 2015

<sup>2</sup> Deutsche Wirtschafts Nachrichten | Veröffentlicht: 13.02.15 01:21 Uhr

<sup>3</sup> Wolfgang Ischinger: Eine Aufgabe für Generationen. Internationale Politik, Januar/Februar 2015

<sup>4</sup> Krieg mit anderen Mitteln. german-foreign-policy vom 28.01.2015; <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59042>

Es geht also weiterhin darum, Russland zu isolieren, wirtschaftlich zu schaden, zu destabilisieren, und die Ukraine und später auch weitere Nachbarstaaten in den Westen zu ziehen, zunächst nahe an die EU, dann in die EU und in die NATO, zunächst ohne Krieg.<sup>5</sup>

Falls dies nicht ohne größeren Krieg möglich sein sollte, dann geht es aus der Sicht Deutschlands und des Westens darum, die Frage der Schuld an diesem Krieg jetzt schon zu beantworten, bevor der große Krieg begonnen hat.

Dem dient das Friedensabkommen von Minsk.

Es dient nicht der Kriegsvermeidung,

sondern der Schuldzuweisung:

die Russen sind schuld, genauer Putin, der seltsam gewendete Putin, wie es in einigen Einlassungen westlicher Politiker heißt.

Wir kennen das bereits:

aus der Thronrede Kaiser Wilhelms, 1914 (zit. n. Rosa Luxemburg Werke, Bd. 4, 66)

wir wollen keinen Krieg, aber wenn die anderen uns dazu zwingen, müssen wir uns zur Wehr setzen

„Uns treibt nicht Eroberungslust...

Meine Regierung [war] bis zum letzten Augenblick bemüht [...],

das Äußerste abzuwenden.

In aufgedrungener Notwehr,

mit reinem Gewissen und reiner Hand ergreifen wir das Schwert“

Albrecht Müller nennt das „Doppelspiel“:

Merkel und Steinmeier betreiben ein Doppelspiel:

Sie tanken jetzt Glaubwürdigkeit bei Friedensfreunden

und schlagen bei nächster Gelegenheit wieder gegen Russland zu.

---

<sup>5</sup> Albrecht Müller. Woher wissen wir eigentlich, dass der Streit zwischen Merkel Hollande, Steinmeier einerseits und Obama, McCain, Poroschenko andererseits kein abgekartetes Spiel ist? Als Hilfe bei der Beantwortung der Kriegsschuldfrage, bevor er begonnen hat. Nachdenkseiten 10. Februar 2015 um 16:09 Uhr

Damit sind wir beim Thema:

Seit der Münchner Sicherheitskonferenz vor einem Jahr geistert ein Satz durch die Medien:

Deutschland müsse "mehr Verantwortung" übernehmen,  
und damit meinen sie:

es sei „manchmal auch erforderlich, zu den Waffen zu greifen“ (so Bundespräsident Gauck)

Das verstaubte Pathos „den Waffen zu greifen“ läßt nichts Gutes erwarten

und nicht weniger verdächtig ist das „manchmal“

wann ist dieses manchmal?

Im Kampf für Menschenrechte  
und gegen Diktatoren

Dass Diktatoren „unsere“ (der BRD) beste Verbündete sind:

Saudi-Arabien, das aktuelle Beispiel

Ebenso wie „unser“ Einsatz für Menschenrechte

auch vor den Toren unserer Verbündeten halt macht (Guantanamo)

Also: Verbündete oder nicht ist wohl entscheidend

ob wir zu den Waffen greifen oder nicht

nicht Menschenrechte  
und Demokratie

Verbündet im Kampf um Einflussphären und Ressourcen<sup>6</sup>

Um Demokratie geht es nur, wenn es sich um eine Marktgerechte handelt,

ebenso scheint es bei den Menschenrechten gehandhabt zu werden

wenn sie sich diesem Kampf um Einflussphären und Ressourcen unterordnen lassen

---

<sup>6</sup> s. „Verteidigungspolitische Richtlinien“ von 2011; s. das „Strategie“-Papier der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ („SWP) „Neue Macht. Neue Verantwortung“

Derentwegen werden in der ganzen Welt Kriege in Gang gesetzt oder  
mit vielen Mitteln  
bis hin zu Waffenlieferungen und Militäreinsätzen forciert

Das ist „unsere“ „Verantwortung“ – als wirtschaftlich stärkstes Land in Europa  
diese Stärke weiter auszubauen

und dafür die Fahne der Menschenrechte zu schwingen und das Schwert des Maurentöters – Speer-Spitze  
Matamoros:



Matamoros, der Heilige der Reconquista, der Rückeroberung des arabischen Teils der iberischen Halbinsel, der Heilige Krieg der Christenheit, ihr Dschihad, ihr erster und längster – über Jahrhunderte dauernder - Kreuzzug, die Jakobswege durch ganz Europa nach Santiago de Compostela zeugen davon,

**Sie sehen, wie alt die Tradition ist: die der Islamophobie<sup>7</sup>**

Noch 1937 im spanischen Bürgerkrieg wurde der Maurentöter Jakob von Franco als Schutzpatron Spaniens eingesetzt, hier in einer Darstellung aus dem Barock

Und: in der Ukraine ist diese Phantasmagorie wiederauferstanden



Das ukrainische Informations-Ministerium will gegen die „Kremel-Propaganda“ in den Sozialen Medien ankämpfen. (Foto: Informations-Ministerium der Ukraine)

<sup>7</sup> s. Klaus-Jürgen Bruder und Zülfukar Çetin (2013): Antimuslimischer Rassismus: Bilder, Szenarien, Politiken und Praktiken der Neuen Mitte. Journal für Psychologie. Jg. 21 (2013); <http://www.journal-fuer-psychologie.de/index.php/jfp/issue/view/37>

Tod und Verelendung der Bevölkerungen werden einkalkuliert und in Kauf genommen.

Zu dieser Politik des neuen Militarismus, der Forcierung immer weiterer Kriegseinsätze in der globalen Auseinandersetzung kapitalistischer Wachstumsökonomien,

sind die Regierungen auf die Zustimmung der Bevölkerung dringend angewiesen, nicht zuletzt, um das dafür erforderliche Menschenmaterial, die Soldaten und Helfer aller Art zu bekommen.

Deshalb tut die Regierung derzeit alles, für den Krieg zu trommeln, für die Unausweichlichkeit des Krieges wenn nötig - Propaganda in Gang zu setzen, Angebote zu machen, um die nach wie vor kritische und ablehnende Haltung der Bevölkerung aufzuweichen.

Die Kriegsvorbereitungen, die militärischen und sog. friedlichen Interventionen auf der ganzen Welt laufen auf Hochtouren.

Diese werden reaktiv begründet, die Gegenseite wird als die Kriegstreibende dargestellt; oder

die Einsätze werden besonders gern humanitär begründet, als Befreiung von Diktatur, Unterdrückung etc.

Die eigentlichen, die wirtschaftlichen Motivationen,

die Sicherung und Neuordnung der Märkte und Handelswege, die Erschließung und Neuverteilung von Bodenschätzen etc. werden hinter den humanitären Begründungen versteckt.

Diese Gehirnwäsche, Formierung des Bewusstseins der bisher noch unwilligen Bevölkerung, heißt, die Köpfe für den Krieg zu gewinnen.

Deshalb der Titel unseres diesjährigen Kongresses: "Krieg um die Köpfe".

„Krieg fängt in den Köpfen an“ sagt Jürgen Todenhöfer

Krieg um die Köpfe: Das ist die Form, wie der Krieg bei uns im Land geführt wird, eine andere Form von Krieg:

nicht einer, in dem die Träger der Köpfe, die Menschen, umgebracht werden (sollen), sondern sie sollen am Leben bleiben, man will sie gewinnen

gewinnen allerdings für die Zustimmung zum Krieg -

denn dafür sind sie noch nicht bereit, dort stehen sie noch nicht

Es gibt allerdings unzählige Zeichen von Willfährigkeit / oder sollte man besser von Gleichschaltung sprechen:

Seit diesem Jahr verlangt die Universität eine horrende Miete für unsere Tagung  
auch wenn wir fast 2/3 runtergehandelt haben, immer noch viel zu hoch  
wenn wir unsere Kongresse nicht mehr bezahlen können, wegen der unbezahlbaren Raummiete  
weil die Universität sich nicht mehr als der Ort der freien Diskussion versteht,  
sondern nur für die bezahlte zur Verfügung steht  
ist das die neoliberale Form des „Rede-Verbots“?  
die freie unzensurierte Rede, die offene Diskussion werden nicht verboten,  
sie werden unbezahlbar gemacht, in einem Neoliberalismus,  
wo alles seinen Wert am bezahlbaren misst

Oder: wir sehen uns beim nächsten Mal im Lidl-Hörsaal -  
Hochschule Kempten ist so sehr auf „marktgerechte“ Hochschule“ getrimmt,  
dass sie Ihre Hörsäle nach den Sponsoren nennt:  
so hat sie einen Aldi-Süd-Hörsaal, einen Siemens-Hörsaal usw

Die Bevölkerung ist noch nicht so weit  
Bei ihr muss diese Haltung, Bewusstseinslage erst noch hergestellt werden –  
Vielleicht verfängt bei ihr ja das altmodischen Pathos - scheint Gauck zu denken -  
des Helden, der zu den Waffen greift –  
„wenn nötig“, dh wenn die Verantwortung ihn ruft

Bei Gauck klingt das wie  
„wenn das Vaterland ruft, es die Ehre fordert“  
Deshalb braucht man für den Diskurs der Verantwortungsübernahme noch andere Diskutanten:

Neben dem Turm, dem Läufer und der Springerin auf der Münchner Sicherheitskonferenz (2014),  
darf vor allem die Königin nicht vergessen werden: die vielsagend schweigende.



Mit ihrem eckig-„mechanischen“ Gang, ihrem eingefrorenen Lächeln, erscheint sie wie die Person gewordene „automatische Puppe“ Olimpia („die vom Olymp kommende“) bei ETA Hofmann (1816).

Sie, Olimpia brachte nur ein „Ach“ heraus,  
das aber reichte aus, dass Nathanael den Verstand verlor:  
für ihn war sie die einzige Person, die ihn wirklich versteht.

Während die anderen agitieren, beschönigen, unflätig lügen, schweigt sie

Schlafwandlerisch seien die Zeitgenossen in den ersten Weltkrieg getaumelt<sup>8</sup>  
meint Clark – allerdings meint er nicht die Bevölkerung – wie Hermann Broch, von dem er den Titel hat<sup>9</sup>

Clark meint die Regierenden und die herrschende Schicht.

Sie wollte Clark von Schuld freisprechen, indem er sie als Schlafwandler bezeichnet.

Aber: wenn die Mächtigen durchaus keine Schlafwandler sind, sondern sehr bewusst den Krieg planen:  
ihre Geheimdienste sind hellwach, ihre Überwachungsapparate stets online. NSU ergänzt NSA.

Sollten vielleicht wir diesen Titel für uns annehmen,  
vielleicht könnten wir uns darin erkennen wie in einem Spiegel  
die von alle dem nichts mitkriegen,  
weil wir es den für unsere Republik Verantwortlichen nicht zutrauen

Und deshalb interpretieren wir das Schweigen der Kanzlerin so wie Nathanael es tut

Es ist der vertrauensstiftende Untergrund für das Reden, Agitieren und Agieren der anderen,  
für die Parolen des Diskurses der Verantwortungsübernahme

---

<sup>8</sup>Christopher Clark: *Die Schlafwandler – Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*. DVA, München 2013, *The Sleepwalkers: How Europe Went to War in 1914*. Allen Lane, London 2012

<sup>9</sup>Im Unterschied zu Hermann Broch, dessen Roman-Trilogie, zwischen 1928 und 1931 geschrieben, die Schlafwandler zu Titel hat. „Der soziale Querschnitt, der in den drei Bänden gezogen ist, offenbart fast in allen Charakteren sich als Nazi-Nährboden.“

<u>Reden</u>	S <sub>2</sub>
Schweigen	S <sub>1</sub>

## Was ist ein Diskurs?

Bleiben wir auf der Ebene des Redens, Agitierens und Agierens  
so können wir – mit Lyotard - Diskurse als eine Ansammlung von Sätzen definieren,  
mit deren Hilfe bestimmte **Ziele** erreicht werden sollen:

Wie **Rechtfertigen, Rechthaben, Kontrollieren, Bewerten, Wissen, Lehren, Verführen, Erschüttern**

Die Sätze selbst werden nach den Regeln des:

**Argumentierens, Beschreibens, Erzählens, Fragens, Zeigens, Befehlens** usw. gebildet (Lyotard, 10. These)

Sätze und damit Diskurse haben immer mehr als eine Ebene:

neben dem, was **gesagt** wird und was wir hören  
das, was wir nicht hören, **nicht gesagt** wird

<u>Gesagtes</u>	S <sub>2</sub>
Nicht-Gesagtes	S <sub>1</sub>



Wir können sie uns denken

dh wir ersetzen die nicht gehörte Bedeutung durch unsere **Vermutung**

$$\frac{\text{Argument}}{\text{Vermutung}} \quad \begin{array}{l} \underline{S_2} \\ S_1 \end{array}$$

Man nennt das dann „Verschwörungstheorie“

ob wir damit richtig liegen – dh ob sie die Vermutung als zutreffend herausstellt

ob es sich also nicht um Verschwörungstheorie, sondern um eine tatsächliche Verschwörung gehandelt hat,

man erfährt dies – wenn überhaupt – erst im Nachhinein

**Man ahnt schon, wie mit diesen Waffen Krieg geführt werden kann**

## Wir erleben seit einiger Zeit eine verrückte, „paradoxe“ Situation:

„Unsere“ Medien schüren den Krieg

und unsere Regierung gibt sich staatsmännisch zurückhaltend

$$\frac{\text{Reden}}{\text{Schweigen}} \quad \frac{S_2}{S_1}$$

Ist das: Arbeitsteilung ?

$$\frac{\text{Reden/Schweigen}}{\text{Bedeutung}} \quad \frac{S_2}{S_1}$$

Oder: Ausdruck unterschiedlicher Interessen ? (Atlantiker vs Europäer)

$$\frac{\text{Reden}}{\text{Bedeutung}} \quad \frac{\text{Schweigen}}{\text{Bedeutung}} \quad \frac{S_2}{S_1}$$

Gleichzeitig scheint die Kriegsvorbereitung an allen Fronten auf Hochtouren zu laufen –

Aber immer wird dies als reaktiv begründet:

als Antwort auf die Bedrohung, die Bedrohung, die von „Russland“ ausgehe

oder genauer: von Putin

Ihm wird Großmannssucht, Imperialismus vorgeworfen,  
und deshalb sei die eigene Aufrüstung präventiv.

Das ist: die „klassische“ Begründung, der wir bereits bei Kaiser Wilhelm begegnet sind

Der Krieg wird geschürt:

indem die Gegenseite als die Kriegstreibende dargestellt wird:

die eigene Seite als sich „trotzdem“ verhandlungsbereit Zeigende

**Erinnern wir uns an die Ereignisse des Frühjahrs letzten Jahres in der Ukraine**

Aber nicht mit dem Spiegel<sup>10</sup>: - bzw. den anderen „Erinnerungsmedien“ zum Jahrestag des Putsches:

der Spiegel z.B. leistet keine Erinnerungsarbeit, im Gegenteil,

was er betreibt nennen wir in der empirischen Sozialforschung „family talk“: die heroische Geschichte (der Familie),

die durch ständige Wiederholung derselben Erzählung beim Zuhörer allmählich die sichere Überzeugung schafft,

er sei selbst dabei gewesen

Eindeutig einseitig geht es von Anfang an los:

„Mit dem Sieg der Maidan-Demonstranten kehrte der Krieg nach Europa zurück. Denn:

Moskau unterstellte dem Westen einen Staatsstreich – und reagierte mit der Annexion der Krim.

Was ist wirklich geschehen?“

---

<sup>10</sup> ZB vom 14.2.2015: Moritz Gathmann et al. „Der rote Platz“, S. 90-98

„Moskau“ wird eindeutig die Schuld am Krieg zugeschoben -  
während der Staatsstreich eine „Unterstellung“ Moskaus sei,

die „Annexion“ der Krim wird mit keinem Wort auch nur relativiert

So als hätte es den dezidierten Widerspruch des Strafrechtlers Reinhard Merkel, U Hamburg in der FAZ nie gegeben  
Und die rechthaberische Geste des „wirklich geschehen“ ist, streicht alles bisher Gesagte zur Lüge.

„Hat Russland die Krim annektiert? Nein.

Waren das Referendum auf der Krim und deren Abspaltung von der Ukraine völkerrechtswidrig? Nein.

Waren sie also rechtens? Nein;

sie verstießen gegen die ukrainische Verfassung (aber das ist keine Frage des Völkerrechts).

Hätte aber Russland wegen dieser Verfassungswidrigkeit den Beitritt der Krim nicht ablehnen müssen?

Nein; die ukrainische Verfassung bindet Russland nicht.

War dessen Handeln also völkerrechtsgemäß?

Nein; jedenfalls seine militärische Präsenz auf der Krim außerhalb seiner Pachtgebiete dort war völkerrechtswidrig.

Folgt daraus nicht, dass die von dieser Militärpräsenz erst möglich gemachte Abspaltung der Krim null und nichtig war und somit deren  
nachfolgender Beitritt zu Russland doch nichts anderes als eine maskierte Annexion?

Nein.“<sup>11</sup>

Das bezeichne ich als Folge des „Diskurses der Macht“: wenn es überhaupt keine Stimme mehr gibt,  
die zu widersprechen wagt

Versuchen wir also selbst, uns an die Ereignisse des Frühjahrs letzten Jahres in der Ukraine zu erinnern.

---

<sup>11</sup> Reinhard Merkel Die Krim und das Völkerrecht. Kühle Ironie der Geschichte. FAZ 08.04.14

Unsere „Qualitätspresse“ hatte uns folgende Darstellung gebracht:

Der „Diktator“ wird von den Massen weggespült.

Eigenartig nur, dass es Paramilitärische Banden waren, die die „Demokratie“ „schützen“ mussten,  
indem sie die Verfassung außer Kraft setzen  
und das Parlament in Geiselhaft nehmen

dass sie brandschatzten und mordeten wurde dann schon nicht mehr groß berichtet

So kann man Schritt für Schritt nachverfolgen, wie das eigene Agieren als reaktiv dargestellt wird,  
und damit der erste Schritt immer der Gegenseite zugeschoben wird,  
für den es selber kein Vorher gegeben hatte, aus dem heraus auch er als reaktiv zu bezeichnen gewesen wäre,  
im Gegenteil, er kann dadurch als ungerechtfertigte Aggression zurückgewiesen werden.

Noch in der Sendung bei Illner am 5. Februar 2015 wiederholt Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg die Formel:  
Wir reagieren lediglich auf die Aggression Rußlands“

Die „westliche Welt“, die den Brandstifter für dieses Inferno gespielt hatte,  
fühlte sich um den Genuss ihres Erfolgs betrogen

als Russland mit der Unterstützung vielleicht auch Mithilfe bei der Separation der Krim der Überrumpelung einen Riegel vorschiebt  
und beschuldigt Russland dessen, was sie als ihr Recht betrachtet:

Völkerrechtsbruch, Einmischung

in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates

Für uns, für die staunende Bevölkerung, die dem Geschehen zwangsweise per TV beiwohnen musste,  
wurde die Inszenierung des Stückes vorgeführt:

Wir wollen keinen Krieg,

wir wollen nur sicherstellen, dass das Volk selbst entscheidet,

in Freiheit und Demokratie



## Unsere Regierung zumindest will doch keinen Krieg

die will doch nur:

- „Freie Handelswege,
  - freien Zugang zu Bodenschätzen,
  - freie Vertriebswege und freie Märkte
    - Die will doch nur eine „gesicherte Rohstoffversorgung“
- Und das nicht für sich, nein –  
für die Zukunft Deutschlands und Europas  
für diese sind sie „von vitaler Bedeutung“

„Störungen der Transportwege und der Rohstoff-und Warenströme [...] stellen [deshalb] eine Gefährdung für Sicherheit und Wohlstand dar“  
Hat sie in den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“<sup>12</sup> von 2011 festgeschrieben

Und andere sind schon längst dabei:

„Die Erschließung, Sicherung von und Zugang zu Bodenschätzen, Vertriebswegen und Märkten werden weltweit neu geordnet“<sup>13</sup>

Und deshalb müssen sie sich auf Kriege vorbereiten – ob sie wollen oder nicht -  
Und damit auch uns, die Bevölkerung

die Vorbereitung der Bevölkerung  
auf die neuen Kriegspläne der EU oder besser des deutschen Kapitals,  
läuft über die Formierung des Bewusstseins

---

<sup>12</sup> s. FN 5

<sup>13</sup> s. FN 5

Es geht, darum die Köpfe für den Krieg zu gewinnen

Deshalb der Titel: Krieg um die Köpfe

das ist der Krieg bei uns,

die Form, wie der Krieg bei uns erscheint,

geführt wird:

als Krieg um die Köpfe

Krieg mit den Waffen des Diskurses:

Inzwischen räumt Obama selbst ein, dass die amerikanische Regierung den Sturz der demokratisch gewählten Regierung in der Ukraine »ausgehandelt« hatte.<sup>14</sup>

Die USA waren 2013 kurz vor einem militärischen Eingreifen in Syrien gestanden. Russland verhinderte die Intervention, indem es entsprechende Resolutionen im UN-Sicherheitsrat mit Veto blockierte. Im Herbst 2013 stellte Syrien auf Drängen Russlands seine Chemiewaffen unter internationale Kontrolle. Die Kampfstoffarsenale wurden außer Landes gebracht und vernichtet. Das US-Magazin Forbes kürte den russischen Staatschef Wladimir Putin wegen seines Syrien-Engagements zum mächtigsten Menschen der Welt. Kurz danach brachen in der ukrainischen Hauptstadt Kiew gewaltsame Proteste aus, die im Februar zu einem Umsturz führten. Die USA und die Europäische Union haben den Machtwechsel und die neue Führung in Kiew sofort anerkannt.<sup>15</sup>

Wer erinnert sich nicht an die im Brustton der eigenen Rechtfertigung vorgetragene Verurteilung der „Großmannssucht Putins“ und „seines Strebens, das zaristische Weltreich wieder zu errichten“, als er der - durch keinerlei völkerrechtliche Bedenken gebremsten - Einverleibung ehemaliger sowjetischer Republiken ins Herrschaftsgebiet der „westlichen Wertegemeinschaft“ mit der als Annexion verurteilten Annahme des Referendums der Krim ein Stopp entgegensetzte?

<sup>14</sup> Im Gespräch mit Fareed Zakaria, einem Mitglied sowohl der einflussreichen Denkfabrik *Council on Foreign Relations (CFR)*, als auch der Trilateralen Kommission s. <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/europa/kurt-nimm/obama-raeumt-ein-dass-die-amerikanische-regierung-die-demokratisch-gewaelhte-regierung-in-der-ukrai.html> (3.2.15)

<sup>15</sup> (<http://de.ria.ru/politics/20141219/270245142.html>) (George Friedman, Chef der US-Denkfabrik "Strategic Forecasting, Inc (abgekürzt Stratfor)" zum Ukraine-Krieg. Zit. n. Gellermann, Uli: USA organisierten Umsturz in Kiew. Als Reaktion auf Russlands Syrien-Politik. Rationalgalerie 22. Dezember 2014)

Inzwischen müssen wir uns von einem weiteren Mitglied des US-Establishments, dem Leiter der Moskauer Außenstelle des US-amerikanischen Carnegie Endowment, Dmitri Trenin sagen lassen, dass man dort sehr wohl weiß, dass es sich genau umgekehrt verhält, als man uns hatte überzeugen können, zu glauben.

„Trenin hat detailliert beschrieben, wie Moskau sich vor allem unter der Präsidentschaft von Dmitri Medwedew bemühte, zu einer engen, gedeihlichen Kooperation mit dem Westen zu kommen.

Dies habe nur zu geringen Fortschritten geführt;  
in "Schlüsselangelegenheiten" wie der Raketenabwehr sei trotz aller russischen Anstrengungen kein Erfolg zu verzeichnen gewesen. Stattdessen habe der Westen sich umstandslos über Russlands Interessen hinweggesetzt;  
er habe etwa die russische Enthaltung in der UN-Abstimmung über eine Flugverbotszone in Libyen genutzt, um einen gewaltsamen Umsturz in Tripolis herbeizuführen.  
Da Russlands "Integration in den Westen" nicht gelungen sei,  
habe Präsident Wladimir Putin eine Machtbalance gegenüber den USA sowie der EU suchen müssen.

Als der Westen im Februar 2014 in Kiew eine extrem antirussische Regierung installiert habe,  
da habe Putin auf "Notfallpläne" zurückgegriffen, um  
die Krim und mit ihr den strategisch unersetzlichen Marinestützpunkt in Sewastopol für Russland zu sichern -  
ein Schritt, um die nun notwendige Machtbalance mit dem Westen zu wahren.“<sup>16</sup>

Wie gesagt, das sagt nicht irgendein russischer Propagandist,  
das sagt ein Vertreter des US-amerikanischen Carnegie Endowment,  
und zwar der Leiter der Moskauer Außenstelle

---

<sup>16</sup> Dmitri Trenin: Russia's Breakout From the Post-Cold War System: The Drivers of Putin's Course. carnegie.ru 22.12.2014. zit. in: Das Zeitalter des Ordnungszerfalls. German-Foreign-Policy.com; 05.02.2015; <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59048>

Müssen wir uns erst von Mitgliedern des US-Establishments selbst die Augen öffnen lassen, um zu erkennen, dass wir den Behauptungen, den Parolen des Diskurses - der Macht – unterlegen sind?<sup>17</sup>

Des (dem) „herrsüchtigen Diskurs“ wie Derrida ihn nannte (1993)<sup>18</sup>

(Bereits) 1993 sprach Jacques Derrida davon, dass dieser Diskurs „überall die öffentliche Kundgebung, die Zeugenschaft im öffentlichen Raum“ „organisiert und beherrscht“ (ebd., S. 90).

In ihm werden die Diskurse der politischen Klasse, der massenmedialen Kultur, und der akademischen Kultur verschmolzen, dank der Vermittlung der Medien. „Sie kommunizieren und zielen in jedem Augenblick auf den Punkt der größten Kraft hin, um die politisch-ökonomische Hegemonie und den Imperialismus zu sichern“ (ebd., S. 91).

Während "noch nie in der Geschichte [...] Gewalt, Ungleichheit, Ausschluss, Hunger und damit wirtschaftliche Unterdrückung so viele menschliche Wesen betroffen" haben (Derrida 1993, S. 139),

„feiert“ der Diskurs der Macht das „Überleben“ der „alten Modelle der kapitalistischen und liberalen Welt“ (ebd., S. 89).

---

<sup>17</sup> S. bei uns: die schonungslose Kritik von ehemals hochrangigem politischen Personal: Andreas von Bülow (Bundesminister für Forschung und Technologie), Willy Wimmer (Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung) u.a.

<sup>18</sup> Derrida, J. (1993): Marx' Gespenster: Der verschuldete Staat, die Trauerarbeit und die neue Internationale. Frankfurt/M.: Fischer 1995 (Original 1993).

Spätestens seit dem 30. Januar 2014 (Münchener „Sicherheits“-Konferenz) mitten in den Tagen der für den Euro auf dem Maidan inszenierten Unruhen in der Ukraine, und vor dem Staatsstreich des 21. Februar<sup>19</sup> geistert dieser Satz durch die Medien:

## „Deutschland muss mehr Verantwortung übernehmen“

Welche Verantwortung und für wen, konnte man spätestens in den darauf folgenden Tagen sehen  
Vorher war diese Konkretion keineswegs erklärt worden  
Sie war vielmehr versteckt: in der Abstraktheit des Satzes  
als die unbekannte, unvorhergesehene Bedeutung<sup>20</sup>

Die Bedeutung der Wörter –  
auf der Ebene des Nicht-Gesagten versteckt –  
scheint durch die jeweils übrigen Wörter definiert  
und verschwimmt, von einem zum anderen

Fangen wir mit „**Verantwortung**“ an

Deutschland muss mehr **Verantwortung** übernehmen

Verantwortung wofür?

wäre das Subjekt des Satzes eine Person, so wüsste man:

Verantwortung für das, was diese Person getan hat oder tun will oder zu tun vorgibt

---

<sup>19</sup> s. meinen Beitrag auf dem Symposium „Trommeln für den Krieg“ am 8. März 2014 an der Freien Universität Berlin: [http://www.ngfp.de/wp-content/uploads/2014/07/KJB\\_Nicht\\_zum\\_Frieden\\_man\\_muss\\_zum\\_Krieg\\_planvoll\\_erziehen.pdf](http://www.ngfp.de/wp-content/uploads/2014/07/KJB_Nicht_zum_Frieden_man_muss_zum_Krieg_planvoll_erziehen.pdf); s. Claudia Ehrenstein, Sascha Lehnartz, Florian Kellermann: *Ukraine: Der diplomatische Coup des Frank-Walter Steinmeier*. Die Welt, 22. Februar 2014;

<sup>20</sup> Sie war „versteckt“: in den „Verteidigungspolitische Richtlinien“ von 2011; s.a. das „Strategie“-Papier der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ („SWP) „Neue Macht. Neue Verantwortung“

**Deutschland** muss mehr Verantwortung übernehmen

Was hat **Deutschland** getan, wofür es Verantwortung übernehmen „muss“, „mehr Verantwortung“?

-- die Verarmung der übrigen EU-Länder?

-- die Verarmung seiner eigenen Bevölkerung, bzw  
der prekarierten, exkludierten Teile davon

Deutschland muss **mehr** Verantwortung übernehmen

„**mehr**“ Verantwortung – kann ja nur heißen: „mehr als bisher schon“ \_

Hat es bisher überhaupt Verantwortung dafür übernommen?

für die faschistischen Verbrechen?

für die des Kaiserreichs?

Wer ist dieses „es“, **Deutschland**, dieses „Subjekt“ ohne Geschlecht?:

die Bevölkerung Deutschlands? Wohl nicht, denn

die Bevölkerung spricht nicht mit einer Stimme, und handelt nicht in einer Praxis

Spricht sie durch ihre von ihr gewählten Vertreter?

nein, im Gegenteil: „2/3 gegen 2/3“

Dieses „Subjekt“ ohne Geschlecht ist ein Abstraktum

Abstracta, wie „**Deutschland**“ dienen dazu und drücken aus,

dass die konkreten Personen und Beziehungen dahinter verschwunden sind

hier: die, die Sprechen und die, über die gesprochen wird

Das Abstrakte aber wird „für uns realer

als das einzig Konkrete: die vielen einzelnen Menschen, in deren Mitte wir leben“ (Brückner 1967).

Dies ist: das Ergebnis eines Lernprozesses besser:  
Verdrängungsprozesses, in dem wir dazu gebracht werden (worden sind),  
am Abstrakten „mehr Interesse zu entwickeln, als  
an Leben und [Wohlergehen] ~~Tod~~ der eigenen Kinder, Freunde, Geliebten.“ (Brückner)<sup>21</sup>

bis dahin, dass wir bereit sind, dafür zu sterben:  
die Grundlage der **Kriegsbereitschaft**

**»Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen«.**  
(eine Inschrift auf dem Kriegerdenkmal von **1936** am Dammtorbahnhof Hamburg)

Dieser Lernprozess, bzw. die ihn hervorrufende „Erziehung“  
setzt sich **durch unser Leben hindurch ständig** fort:

„Über die **Medien** werden wir gewöhnt -  
an die Scheinrealität solcher Abstrakta wie Vaterland oder Nation,  
Vorurteile gegen potentielle Feinde werden sorgfältig gepflegt,  
wie an die Ubiquität des Krieges

---

<sup>21</sup> Brückner, Peter (1967): „Ist der Mensch zum Frieden reif?“ Wieder abgedruckt in: P.B. (1979): Über die Gewalt. Berlin (Wagenbach), S. 11-22

Auch wenn das Wort „Krieg“ kommt nicht vorkommt in diesem Satz

Erst im Nachhinein

So ist klar, dass der Diskurs der Verantwortung den Krieg meint

klar ist ja, dass mit dem Diskurs der Verantwortung

Krieg gerechtfertigt werden soll

aber „Krieg“ erscheint nicht offen,

das ist die Funktion des Diskurs der Verantwortung,

dass nicht von Krieg gesprochen wird

sondern von Verantwortung

und nicht der Zusammenhang zum Krieg klargestellt wird

Aber: im Handeln (S1) zeigen sie ihre Kriegsinstrumente, vergrößern ihr Arsenal,

erhöhen die Drohungen, brechen die Versprechungen

zB die Versprechungen des 2+4 – Vertrags: die Nato nicht bis an die Grenze Rußlands zu verlegen,

gar Manöver dort zu veranstalten, usw

die typische Situation des Auseinanderfallens

des Gesagten und des Nicht-gesagten: **die Lüge**

Gesagtes	$S_2$
Nicht-Gesagtes	$S_1$

entweder als Behauptung

(die nicht zutreffen muss)



$$\frac{\text{Behauptung}}{\text{die nicht zutrifft}} \begin{array}{l} S_2 \\ S_1 \end{array}$$

oder als Versprechen  
(das nicht gehalten)

$$\frac{\text{Versprechen}}{\text{das nicht gehalten}} \begin{array}{l} S_2 \\ S_1 \end{array}$$

Wer Krieg will, braucht (meistens) die Lüge S2  
S1

Jean Giraudoux zeigt das in der Figur des Kriegstreibers Demokos,  
des Trojaners, der durch seine Behauptung, er sei von dem Griechen Ajax getötet worden,  
schließlich den „trojanischen“ Krieg auslöst.  
- obwohl es Hektor gewesen war, der in seinem – erfolglosen – Versuch, den drohenden Krieg zu verhindern,  
Demokos getötet hatte.<sup>22</sup>

---

<sup>22</sup> In: „Der Trojanische Krieg wird nicht stattfinden“ von 1935

Die Lüge ist aber nicht auf das „falsche“ Sprechen, bzw. Verschweigen beschränkt, man kann auch durch Handeln lügen,

nicht nur dadurch, dass man etwas Nichtzutreffendes behauptet, oder etwas Zutreffendes verschweigt, sondern auch dadurch, dass man etwas zeigt, etwas vorführt, das man selbst zu diesem Zweck hergestellt hatte, bzw. hatte herstellen lassen und das man anderen, dem Gegner unterschiebt.

Beispiel: Der „Angriff“ auf den Sender Gleiwitz<sup>23</sup> am 31. August 1939, mit dem die Nazis den 2. Weltkrieg ausgelöst haben.

Andreas von Bülow rechnet auch den Angriff der japanischen Streitkräfte am 7. Dezember 1941 auf die US-Pazifikflotte in Pearl Harbor dazu, der in den USA die Bereitschaft auf Seiten der Bevölkerung geschaffen hatte, dem Eintritt ihres Landes in den 2. Weltkrieg zuzustimmen, ebenso wie die Zerstörung der twin towers am 11. September 2001.<sup>24</sup>

Die Folge war jedes Mal, dass die Bevölkerung in einen Erregungszustand versetzt wurde, der die Voraussetzung dafür war, dass sie einem Kriegseintritt des eigenen Landes zustimmte.

Andreas von Bülow spricht von „false-flag-operations“, wenn sie eigens zu diesem Zweck inszeniert worden sind.

Dass man erst im Nachhinein feststellen kann, wer der Autor dieser Operationen gewesen war, ob es sich tatsächlich um false-flag operations gehandelt hat, darin liegt ja gerade ihre Wirkung begründet: sie wirken, als wären sie das, was über sie behauptet wurde, sie wirken wie jede andere Lüge:

Als entspräche die behauptete Bedeutung (des Ereignisses, der Aktion) ihrer tatsächlichen Bedeutung (und wer das zu diesem Zeitpunkt bestreitet, und den Lügner Lügner nennt, wird als „Verschwörungstheoretiker“ bezeichnet)

<sup>23</sup> Der Überfall auf den Sender Gleiwitz war eine von der SS fingierte Aktion mit dem Tarnnamen *Unternehmen Tannenberg*. Er ist der bekannteste einer Reihe von Vorfällen, die als propagandistischer Vorwand für den Polenfeldzug, den Beginn des Zweiten Weltkrieges, dienten: Vgl. Walther Hofer (Hrsg.): *Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges*. LIT Verlag, Berlin-Hamburg-Münster 2007, S. 384. <sup>(Wikipedia)</sup>

<sup>24</sup> *Im Namen des Staates. CIA, BND und die kriminellen Machenschaften der Geheimdienste*. Piper, München u. a. 1998; *Die CIA und der 11. September. Internationaler Terror und die Rolle der Geheimdienste*. Piper, München u. a. 2003; *Die deutschen Katastrophen 1914 bis 1918 und 1933 bis 1945 im Großen Spiel der Mächte*. Kopp-Verlag 2014

Der Unterschied zur Lüge des Sprechens/Verschweigens: wird das Handeln nicht versteckt sondern „auf offener Bühne“ inszeniert (Hannah Arendt), „im Licht der Öffentlichkeit“ ausgeführt – darin dem Staatsstreich vergleichbar:  
vor der Öffentlichkeit verschwiegen wird die Vorbereitung  
darin liegt die tatsächliche Verschwörung: in der Vorbereitung, die geheim bleiben muss

Wie bei der Lüge immer der Fall, wird dem Geschehen eine andere Begründung gegeben  
nur: vermittelt über die Unterstellung eines anderen Subjekts

Auch der Krieg wird meistens anderer Gründe wegen geführt  
als zur Begründung herangezogener, behaupteter  
Nicht so edler,  
ganz selbstsüchtiger  
nicht im Wettstreit durchzusetzender  
nicht durch Konsens  
sondern durch Gewalt

Beispiel: Ukraine:

nachdem die Durchsetzung der Westausrichtung nicht mit den Mitteln des Maidan-(faits accompli)-putsches gelungen war,  
wurde sie mit militärischer Gewalt versucht

Beide sind Formen der Gewalt

Heute werden die Kriege mit einem universalen „Auftrag“ begründet:

im Unterschied zum üblichen & bekannten Diskurs der **Verteidigung**

„Wir wurden angegriffen – wir schlagen zurück“ (noch 1939)

Haben wir heute: den Diskurs der „**Verantwortung**“, der **Übernahme** der Verantwortung

- zur „Verhinderung von Völkermord“  
(**Behauptung**)
- oder: für die Verteidigung von „F & D“  
(**Versprechen**)

Also doch wieder: ein Diskurs der **Verteidigung**

Dass die Lüge im Spiel gewesen war, erfährt man erst im Nachhinein

(auch das ist immer schon so gewesen)

- zur „Verhinderung von Völkermord“  
(**Behauptung**, die nicht zugetroffen:  
Jugoslawien, im Gegenteil der Krieg zur Verhinderung von Völkermord wurde selber - zum Völkermord)
- oder: für die „F & D“  
Irak, Libyen, Ägypten, Ukraine  
(nicht erfülltes **Versprechen**)

Die Lüge (bzw der - erhabene -Lügner) rechnet nicht damit, dass seine Lüge geglaubt wird,

dass geglaubt wird, dass das Versprechen  
eingelöst werde

dass die Behauptung  
zutreffe

dass S2  
für S1 stehe, S1 repräsentiere, der Signifikant von S1 sei

vielmehr rechnet er damit,

dass der Belogene nicht auf der Ebene von S2 widersprechen könne  
bzw: sich nicht zu widersprechen wage

bzw er setzt seine Autorität, seine Herrschaft über den Diskurs dazu ein,  
jeden Versuch, zu widersprechen, bzw S2 zu widerlegen,  
lächerlich zu machen

s. hierzu das an Dreistigkeit der Verdrehungen, Auslassungen, Behauptungen des Gegenteils  
nicht zu überbietende Papier des AA vom 18. Februar 2015, „Realitätscheck“ genannt,  
das das Ministerium den Abgeordneten des Bundestags zur Nachhilfe in Orwells double speak in die Hand gegeben hat.<sup>25</sup>

- 1. Behauptung: Der Westen hat sich in die inneren Angelegenheiten der Ukraine eingemischt und zur Absetzung der legitimen Führung Janukowitsch beigetragen.
- 2. Behauptung: In Kiew sind Faschisten an der Macht.
- 3. Behauptung: Die Absetzung von Präsident Janukowitsch und die Einsetzung der Übergangsregierung waren ein Staatsstreich.

<sup>25</sup> s. Anhang: Auswärtiges Amt Stand: 18.02.2015 **Realitätscheck: Russische Behauptungen - unsere Antworten**

- 4. Behauptung: In der Ukraine werden ethnische Russen/Russischsprachige diskriminiert und unterdrückt. Russen in der Ukraine haben Russland daher um Schutz/Unterstützung gebeten.
- 5. Behauptung: Die Krim war immer »russisch«.
- 6. Behauptung: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker und das Referendum legitimieren die Abspaltung und Eingliederung der Krim und Sewastopols in die Russische Föderation.
- 7. Behauptung: Der Westen misst im Fall der Unabhängigkeit des Kosovo und der Abspaltung der Krim mit zweierlei Maß.
- 8. Behauptung: Bei dem Konflikt in der Ukraine handelt es sich um einen Konflikt zwischen der (faschistischen) Regierung in Kiew und lokalen Separatisten, Russland hat damit nichts zu tun.
- 9. Behauptung: Der Westen hat seit dem Ende der Sowjetunion eine systematische Politik der Ausgrenzung und der Schwächung Russlands betrieben.
- 10. Behauptung: Die NATO hat ihr Versprechen gebrochen, sich nach dem Kalten Krieg nicht nach Osten auszuweiten, und beeinträchtigt dadurch russische Sicherheitsinteressen.
- 11. Behauptung: Die NATO strebt nun auch die Aufnahme der Ukraine an, was von Russland zu Recht als Bedrohung der eigenen Interessensphäre wahrgenommen wird.
- 12. Behauptung: Die NATO profitiert von der Ukraine-Krise, da sie damit zu ihrer Mentalität des Kalten Krieges zurückkehren kann und wieder einen Gegner (Russland) hat.
- 13. Behauptung: Die NATO versucht Russland zu schwächen und zu marginalisieren. Die NATO nutzt die Ukraine-Krise zur Aufrüstung an Russlands Grenzen. Außerdem ist der NATO- Raketenschild gegen Russland gerichtet.
- 14. Behauptung: Die Östliche Partnerschaft der EU im allgemeinen und das EU-UKR-Assoziierungsabkommen im Besonderen ist gegen Russland gerichtet.
- 15. Behauptung: Nach Inkrafttreten des EU-UKR-Assoziierungsabkommens werden Produkte aus der EU den russischen Markt überschwemmen.
- 16. Behauptung: Nach Inkrafttreten des EU-UKR-Assoziierungsabkommens werden höherwertige EU-Produkte in der Ukraine heimische Produzenten verdrängen; minderwertige ukrainische Produkte werden dann den russischen Markt überschwemmen, so dass Russland Schutzmaßnahmen ergreifen muss.
- 17. Behauptung: Die Übernahme von EU-Standards durch die Ukraine wird den RUS-UKR Handel beeinträchtigen.
- 18. Behauptung: Die EU und ihre Partner haben gegen Russland Sanktionen verhängt, um Russland wirtschaftlich in die Knie zu zwingen.

Den tatsächlichen Realitäts-Status dieses „check“ kann man ermessen, wenn man sich gründlicher bei Brzezinski informierte:

die Entwicklung in der Ukraine, aber nicht nur dort, bis hin zu TTIP und TPP ist dann wie die Realisierung seines Scripts von der Sicherung der Position der „einzigen Weltmacht“ zu lesen.<sup>26</sup>

„Eurasien“ sei das Schachbrett, auf dem sich [...] der Kampf um die globale Vorherrschaft abspielen wird.“

Wer Eurasien beherrsche, beherrsche die Welt.“

Deshalb laute „das Gebot, keinen eurasischen Herausforderer aufkommen zu lassen (1996, S. 16),

„Absprachen zwischen den Vasallen zu verhindern und ihre Abhängigkeit in Fragen der Sicherheit zu bewahren, die tributpflichtigen Staaten fügsam zu halten und zu schützen und dafür zu sorgen, dass die ‚Barbarenvölker‘ sich nicht zusammenschließen.“ (S. 66)

Es geht also mit dem „Check“ des AA

um nichts weniger als um die Herrschaft über den Diskurs

durch „Sprech-Anweisungen für den Bundestag“ (wie Uli Gellermann hat sie genannt hat (Rationalgalerie vom 20. Februar 2015) fester anzuziehen

Ähnliches haben die AutorInnen der Studie "Linksextremismus in Deutschland" Monika Deutz-Schröder & Klaus Schröder

vom "Forschungsverbund SED-Staat" an der FUB im Sinn:

in der sie Sätze wie:

„Unsere Demokratie ist keine echte Demokratie, da die Wirtschaft und nicht die Wähler das Sagen haben“

(dem 61 Prozent der Befragten zustimmen konnten)

als linksradikal eingeordnet und aus dem Freiraum des ungestraft Aussagbaren entfernt, ausgeschlossen

Außerdem: Jeder Dritte stimmte der Auffassung zu, der Kapitalismus führe zwangsläufig zu Armut und Hunger

Mehr als ein Drittel (37 Prozent) assoziierte Kapitalismus mit kriegerischen Auseinandersetzungen

Der Versuch der Einschränkung des Raumes des zulässigen Diskussion, durch die

Verschiebung des Begriffs Linkradikalismus zur Mitte hin

<sup>26</sup> Brzezinski, Zbigniew (1996): Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft; ders.: Strategic Vision, Basic Books, New York, 2012

Und das ist keine Kleinigkeit, nicht harmlos, denn: wie wir der Website des Berliner "Staatschutzes" entnehmen können:

"Die **Unzufriedenheit** mit den gesellschaftlichen Verhältnissen in Deutschland, der **Unmut** über die persönliche soziale Situation oder einfach nur Anarchismus werden offen oder verdeckt und **vielfach mit Gewalt** zum Ausdruck gebracht.

Und Gewalt hat nur vom Staat selbst auszugehen, so steht es jedenfalls im Grundgesetz:

„Alle Gewalt geht vom Staat aus“.

Oder täuschen wir uns, bewegt sich der Staatsschutz außerhalb des Gültigkeitsbereichs des GG?

Wolfgang Schorlau - Autor einer Reihe politischer Kriminalromane zB:

»Das München-Komplott« über das sogen. „Oktoberfestattentat“ 1980 – meinte<sup>27</sup>

„Es verblüfft mich immer wieder, dass wir – obwohl wir angeblich in einem Informationszeitalter leben – über die Dinge, die uns direkt umgeben, im Grunde nicht Bescheid wissen, jedenfalls nicht genau.

Und in Bezug auf unser Nichtwissen oder Wenig-Wissen über politische Zusammenhänge

teilt er eine wichtige Erklärung mit: er leide an „**Erkenntnisfurcht**“.

Er arbeite gerade an einem Krimi, der die Mordserie der rechtsextremen Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) thematisiert.

Seine bisherigen Rechercheergebnisse seien angsterregend.

Vor welcher Erkenntnis fürchten Sie sich, fragt der Interviewer?

Die Antwort: „Der Verdacht, der begründeter maßen“ bestehe, sei der, „dass von staatlicher Seite aus diese radikale Szene erst ermöglicht worden ist“ – und das sei „keine erfreuliche Sache.“

Die „**Erkenntnisfurcht**“ - Angst vor der Wahrheit,

Angst vor dem, wozu die Macht fähig ist

Nicht-Wissen kann also auch Ergebnis von Verleugnung sein:

Verleugnung der Realität

<sup>27</sup> In einem Interview mit Ben Mendelson: jW 17.01.2015, Seite 1 (Beilage): »Gattenmord ... mir wär's zu langweilig«. Über das Verhältnis von Fiktion und Realität in seinen Kriminalromanen, investigative Recherche und die Grenzen staatlicher Transparenz.



Vermittels dieser Verleugnung wird im Diskurs der Verantwortungsübernahme

„Krieg“(S1) mit „Verantwortung“(S2) verlötet.

**Verantwortung, vor allem „mehr“ Verantwortung „übernehmen“ bedeutet dann „Krieg“:**

also: das Gegenteil von Verantwortung –

Während umgekehrt den Kriegsgegnern die Verantwortung bestritten wird

Die Voraussetzung zur Möglichkeit dieser Verkehrung ist die,

„dass der Verantwortungsbegriff inhaltsleer bleibt,

Pfeifer & Spandler (2014) bezeichnen ihn deshalb als Nebelkerze“.

So könnte man das sagen – allerdings sind die Begriffe auf der Ebene S2 immer „inhaltsleer“

ihr Inhalt/Bedeutung steht ja gerade auf einer anderen Ebene: S1, auf der Ebene des Signifikats,  
des Nicht Ausgesprochenen

Arvid Bell (2014) wies darauf hin, dass Verantwortung je nach Kontext  
"von mehr Engagement zur friedlichen Lösung internationaler Konflikte über  
mehr Einsatz für ein vereintes Europa bis hin zu  
mehr Bereitschaft zu Militäreinsätzen" nahezu alles bedeuten könne (36).<sup>28</sup>

**Diese Verkehrung von Verantwortung in ihr Gegenteil geht so weit, dass sie Blüten treibt, wie die:**

die Übernahme von Verantwortung mit Übernahme von Schuld für unvereinbar zu erklären:

wie der Berliner Hauspolitologe Herfried Münkler im Interview mit der SZ:

(über seinen 900-Seiten-Band »Der Große Krieg«)

»Es lässt sich kaum eine verantwortliche Politik in Europa betreiben, wenn man die Vorstellung hat:

Wir sind an allem schuld gewesen« (rg 18.02.2014).

---

<sup>28</sup> Hanna Pfeifer und Kilian Spandler (2014): Über Außenpolitik und Verantwortung. The Responsibility to be Responsible. W&F (Wissenschaft und Frieden) 4/2014 (November 32. Jg), 36-39

Diese Verkehrung ist (auch) zentrales Moment in der aktuellen historischen Aufrüstung:  
zB in der ZDF-Sendung "Tannbach - Schicksal eines Dorfes", die am 4. Januar 2015 gestartet war,



Dort werden die Verbrechen einer herrschenden Klasse,  
die den Krieg angezettelt hatte und unter seinem Schutz den Holocaust organisiert hatte,  
umgelogen zum „Schicksal einer Nation“  
und das dafür in Geiselhaft genommene Dorf als Anklage gegen die Opfer missbraucht:  
Die Geschichte „aus dem Leben in der deutschen Nachkriegszeit“ wird folgendermaßen erzählt:  
Im Fokus stehen drei Familien, die alle in dem kleinen Ort Tannbach leben.  
Nachdem das Dorf nach 1945 erst zur amerikanischen, dann zur sowjetischen Besatzungszone gehört,  
teilt die Mauer schließlich das Dorf - und trennt die Bewohner voneinander..

Die zweite Voraussetzung für die Möglichkeit der Verkehrung des Begriffs der „Verantwortung“ in ihr Gegenteil ist:

die Abstraktion von der Geschichte und dem Kontext, auf den dieser Begriff angewendet werden soll/wird:

am Beispiel des Ukrainekriegs stellen Pfeifer und Spandler (S. 37) fest:

„Die Ukraine-Krise“ sei „nicht so sehr Ursache als vielmehr

Folge des neuerlichen Aufkeimens des **geopolitischen Denkens** in Europa.

Die **Verantwortungsrhetorik** verschleierte jedoch den Blick auf **solche Zusammenhänge**, indem sie das Denken in **Einflussosphären** zunehmend als Bestandteil einer »normalisierten« deutschen Außenpolitik begreife

### **„Krieg“ auf die Ebene von S2 zu heben:**

auf die Ebene der Aussage, des Arguments:

geschieht dagegen in der Form der Rede über die „Unverantwortlichen“:

So bei Gauck in seiner Diffamierung, Verunglimpfung der Kriegsgegner als

„unsere glückssüchtige Gesellschaft“, für die

„schwer zu ertragen« sei, »daß es wieder deutsche Gefallene gibt“. <sup>29</sup>

bisher scheint es dieses Landser-Denken tatsächlich nur bis zu den Offiziers-Studenten der Bundeswehr geschafft zu haben:

In ihrem Buch: „Armee im Aufbruch: Zur Gedankenwelt junger Offiziere in den Kampftruppen der Bundeswehr“ <sup>30</sup> lassen sich einige über die »postheroische Gesellschaft« aus, die von einer »grundsätzlich dekadenten Haltung« geprägt sei, bewohnt von »radikalen Hedonisten und arroganten Selbstdarstellern«, deren gesellschaftliche Werte« »Selbstverwirklichung, Konsumlust, Pazifismus und Egoismus« seien. Frustrierend sei nur die „mangelnde Teilhabe“ der „lethargischen“ Öffentlichkeit.

Einer der Autoren ermahnt zur „patriotischen Einstellung zu Volk und Vaterland“ und Werten wie „Mut, Treue oder Ehre“ als „permanentem Gegenpol zur Gesellschaft.“

<sup>29</sup> Bundespräsident *Gauck* am 12. Juni 2012, in der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. s. Junge Welt vom 14.06.2012, S. 1. Diese Struktur der Beschämung der Kriegsunwilligen nimmt auch in Giraudoux' Darstellung im „Trojanischen Krieg“ in der Konfrontation zwischen Demokos, dem Kriegstreiber und Hektor, dem Gegner eine wichtige Stelle ein.

<sup>30</sup> hrsg. von Marcel Bohnert und Lukas J. Reitstetter (Miles-Verlag) 2014

Der FAZ-Autor spricht von „geistigem Säbelrasseln“<sup>31</sup>

das Politbarometer des ZDF kann (27. Februar 2015) immer noch keine frohere Botschaft verkünden:

noch immer sind 89% der Befragten der dt Bevölkerung gegen Waffenlieferungen in die Ukraine (politbarometer.zdf.de)

trotz größter Anstrengung – vor allen Dingen der Presse

Zwar dekretierte Steinmeier auf der Münchner „Sicherheits“-Konferenz:

Den Krieg könne „keine Außenpolitik aus dem Denken verbannen“ –

Das sei bloße „Empörungsrhetorik“, die sich auf eine Kritik der Zustände in der Welt reduziere,

sie „führte nur zu Abschottung und Sprachlosigkeit“ (SZ vom 30.01.2014, S. 1).

Aber auf breiter Front übernimmt die Presse selbst diese Rolle / Aufgabe des Hetzers

ihr gegenüber können die Politiker die Moderaten geben, gegenüber der Ungeduld der Presse, deren Rhythmus die Politik nicht folgen könne, wie Steinmeier erklärt.<sup>32</sup>

So zB Joachim Käppner *höhnisch*.<sup>33</sup>

„Die Bundesbürger leben in einem Zustand nie gekannten Friedens...

Seltsam nur, dass sich so viele Deutsche dieses historischen Glückszustandes so wenig bewusst sind und

ohne Verständnis dafür, wozu man dann eigentlich noch Soldaten braucht“.

Sie „stellen keinerlei Bezug her zwischen der Militärmission in Afghanistan und der Sicherheit des eigenen Landes.

Im Gegenteil, in ihrer Wahrnehmung ist der Einsatz die eigentliche Ursache für all die schlimmen Nachrichten von

Anschlägen und gesteinigten Frauen.

Von der beschämenden Gleichgültigkeit vielen Deutscher gegenüber den Opfern der Massaker, Massenvergewaltigungen und Vertreibungen einmal ganz abgesehen.“

<sup>31</sup> Gerald Wagner: Bundeswehr-Universität Keiner weiß, wie der Landser tickt. FAZ vom 26.02.2015)

<sup>32</sup> Eine andere Erklärung: die Journaille („Qualitätsjournalisten“, besser Staatsjournalisten) ist über viele Bezüge wie zB die sogen „Atlantik-Brücke“ den USA ideologisch (und finanziell?) verbunden, deren Sprachrohr – während die Politiker auf ihr Klientel in Deutschland/EU achten müssen – für die Bevölkerung kann es allerdings relativ zweitrangig sein, wessen Diskurs sie unterworfen werden: selbst wenn es nur Kompradoren sein sollten, deren Regime sie unterworfen wären, sie wären sie immer noch Unterworfenen (Subalterne). (s. Joachim Bittner 2014: Krieg der USA gegen Europa)

<sup>33</sup> in der bereits genannten Sonderbeilage der SZ zur Münchner „Sicherheitskonferenz“ unter der Überschrift: „Der Deutschen Glück und Seligkeit“

Und die zynische **Drohung**: „Es ist gut möglich, dass die Debatte unter Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen aus ihren weltfremden Diskursen gerissen wird: *dann* nämlich, **wenn sie wirklich wieder deutsche Soldaten** an die Brennpunkte dieser verwundbaren Welt schickt.“

Diese **Drohung** spitzt zu, macht explizit was die Struktur des Diskurses der Verantwortung(Übernahme) ist: eine Aufforderung, Parole, Befehl:

Deutschland **muss** mehr Verantwortung übernehmen

Nun ist für Deleuze & Guattari (1980, S. 106f) der „Befehl“ überhaupt die »Grundeinheit der Sprache«, die Funktion der Sprache: „zu gehören und Gehorsam zu verschaffen“.<sup>34</sup>

In der Formulierung: „Deutschland muss“ ist der Befehl allerdings versteckt in der Form der **Beschwörung**

Beschworen wird ein Abstraktum, an das eine Forderung gerichtet wird.

Zugleich ist den Beschwörenden und den in die Beschwörung hineingezogenen Zuhörern klar, dass hinter diesem Abstraktum konkrete Personen und ihre Beziehungen versteckt werden, an die diese Forderung „eigentlich“ gerichtet ist, versteckt zugleich die Differenz zwischen denen die fordern und denen, die die Forderung zu erfüllen ausersehen sind.

Und noch eine Wendung der Spirale: die Forderung „mehr Verantwortung“ zu übernehmen, die die Sprechenden an „Deutschland“ richten, ist die Forderung an die Zuhörer, sich dieser Verantwortung gemäß zu verhalten, als sie davon ausgehen sollen, dass die Verantwortung der Fordernden schon dadurch, dass sie diese Forderung stellen, außer Frage/Zweifel steht.

<sup>34</sup> Deleuze, Gilles & Felix Guattari (1980): Mille Plateaux. Paris [dt.: Tausend Plateaus - Kapitalismus und Schizophrenie. Berlin 1992].

Hierher gehören die schon nicht mehr zählbaren Brüche des Völkerrechts, bis hin zum Bruch des Verbots Waffen in Krisengebiete zu liefern.

zB die Waffenlieferungen an die Kurden, die als alternativloses moralisches Gebot konstruiert wurde.

"Wenn sich ein Völkermord nur mit deutschen 'Waffen verhindern lässt, dann müssen wir helfen.'" (von der Leyen 2014b)

Wer sich den Forderungen nach einem deutschen Eingreifen widersetzt, macht sich aus dieser Sicht mitschuldig am Völkermord (Pfeifer & Spandler, S. 37)

Das ist die „Urform“ der moralischen Erpressung, im Diskurs der Verantwortung die von Fischer unter Rot-Grün eingeführt worden war

Die **Adressaten** dieser Erpressung werden dazu gedrängt, nicht die Verantwortung der Verantwortlichen in Frage zu stellen und zu überprüfen, sondern von deren Verantwortung auszugehen und ihren Darlegungen zu **folgen**. ebenso wie die **Fordernden** legitimiert sind, diese Forderung an die Zuhörer zu stellen.

„**Folgen**“ hat hier tatsächlich auch die Bedeutung von „einem Befehl folgen“, einer Anweisung – Abgesehen davon, dass Krieg ohnehin bedeutet, Befehlen zu folgen. Es bleibt den Zuhörern nur, diesen Befehl sich zu eigen zu machen, wie Adler 1919 lakonisch festgestellt hat, und damit die Grundlage der Psychologie des Autoritarismus formuliert.

Um es nicht falsch zu verstehen:

aus Verantwortungsübernahme folgt immer eine Verpflichtung  
wer Verantwortung übernimmt, verpflichtet sich,  
dieser Verantwortung gerecht zu werden

Das ist nicht, was wir im Diskurs der Verantwortungsübernahme beobachten  
weder auf Seiten der Bürger  
noch auf Seiten der politischen „Klasse“

Denn beide sind im Diskurs der Verantwortung-Übernahme hinter “Deutschland“ versteckt  
es heißt **nicht: ich**, der auf die Verfassung verpflichtete **Staatsdiener**  
oder **ich**, der an die Verfassung gebundene **Staatsbürger**  
bin verpflichtet, sondern es heißt „**Deutschland**“

Also ein Abschieben der Verantwortung, in Form der Rede über und Forderung an andere(s):  
„Deutschland“ (als Beschwörung)  
und damit an die Adressaten, Zuhörer, (als Befehl)

die „Verantwortung“ **fordern**  
**entziehen sich selbst der Verantwortung**  
**unter der Burka des Diskurses der Verantwortungsübernahme**

Pfeifer & Spandler diagnostizieren in ihrer Kritik am Diskurs der Verantwortung „**Entpolitisierung**“:  
„Der rhetorische Bezug auf  
quasi-objektive Determinanten und moralische Notwendigkeiten  
erzeuge eine äußerst wirksame Metaphorik der Unausweichlichkeit, die  
nur schwer hinterfragt werden kann

die (vermeintliche Alternativlosigkeit der Politik)

Ganz konkret zeige sich die entpolitisierende Wirkung eines solchen Außenpolitikverständnisses in  
der schleichenden **Einflussverschiebung**  
weg von der **Legislative** hin zur **Exekutive** (Pfeifer & Spandler, S. 38).

Verantwortung gilt in diesem Sinne immer der **Aufrechterhaltung** der **bestehenden Ordnung**.

Dass die Grundlagen der bestehenden internationalen Ordnung möglicherweise die **Bedingungen** für ihre **Destabilisierung** schaffen –

etwa durch **ökonomische Ungleichheit**, **ökologischen Raubbau** und die **Aushöhlung lokaler soziopolitischer Strukturen** durch fehlgeleiteten Interventionismus rückt nicht in den Blick. [...]

Die **Bedingungen** für den **Aufstieg** der **Fundamentalisten** [liegen] auch in der kurzsichtigen Strategie des **Westens**, der sich in der Region je nach politischer Großwetterlage stets mit neuen Feinden und Partnern konfrontiert sieht.

In seinem Vormarsch **profitiert** der **IS** von den schwachen staatlichen Strukturen und der sektiererischen Politik, die deutsche Bündnispartner nach ihrer Intervention im Irak **hinterließen**, ebenso wie von mutmaßlichen Spenden aus den autokratischen **Ölstaaten** der arabischen Halbinsel, mit denen der Westen strategische Beziehungen unterhält (38).

Diese Struktur des Diskurses der Verantwortungsübernahme, sich als Befehl an die Adresse der Bürger zu richten, zeigt sich im Kriegsdiskurs deutlicher.

Wir kennen die Forderung, „Verantwortung“ zu übernehmen, allerdings auch aus anderen Bereichen

Sie ist die zentrale Forderung im Diskurs des Neoliberalismus

Ganz aktuell im unerbittlichen Widerstand gegen den verzweiferten Versuch der griechischen Regierung sich aus der Schlinge der Vergewaltigungs-Politik der Troika EU, IWF und EZB zu befreien, die zur „Ausbreitung von Armut, Arbeitslosigkeit, und Abschaffung demokratischer Rechte“ geführt hat, wie der Dachverband der griechischen Gewerkschaften im öffentlichen Dienst, ADEDY formulierte (jW 21.2.15, S.7)



Umgekehrt sieht Jürgen Heiducoff das Drängen der BRD nach mehr sicherheitspolitischer Führungsrolle, nach der **Verantwortung** der „Spitze des Speeres“, als die Übertragung des neoliberalen Wachstumssyndroms auf die Sicherheitspolitik. (<http://tinyurl.com/pxc9bdg>)

Es waren die Sozialdemokraten (im Bunde mit den Grünen), die **Verantwortung** neoliberal definiert haben:

Die deregulierenden Eingriffe der rot-grünen Regierung zB:

Kürzung der staatlichen Ausgaben, Effizienz-, Wettbewerbs- und Leistungsdenken im öffentlichen Dienst, Anpassung der sozialen Sicherungssysteme, Modernisierung des Renten- und Gesundheitssystems, Förderung von Unternehmergeist, Senkung der Unternehmen- und Körperschaftssteuern.

wurden im sogen. Blair-Schröder-Papier vom 8.6.1999 mit dem Titel "Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten"<sup>35</sup> folgendermaßen begründet:

die Verantwortung des einzelnen in Familie, Nachbarschaft und Gesellschaft kann nicht an den Staat delegiert werden.

Geht der Gedanke der gegenseitigen Verantwortung verloren, so führt dies zum Verfall des Gemeinnsinns, zu mangelnder Verantwortung gegenüber Nachbarn, zu steigender Kriminalität und Vandalismus und einer Überlastung des Rechtssystems."

Moderne Sozialdemokraten wollen das Sicherheitsnetz aus Ansprüchen in ein Sprungbrett in die **Eigenverantwortung** umwandeln."

Die Individuen werden dazu angehalten, ihr Leben in einer ökonomisch effizienten Weise zu führen:

Eigenverantwortlich, flexibel und sorgfältig sollen die Individuen Kosten und Nutzen von Lebensentscheidungen für zukünftige Gewinne, also ihre ökonomische Verwertbarkeit, abwägen" –

das Leitbild des „unternehmerischen Selbst“ (Bröckling 2007)<sup>36</sup>

<sup>35</sup> Verfasser: Blair-Berater Peter Mandelson und Kanzleramtschef Bodo Hombach

<sup>36</sup> Bröckling, U. (2007). *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp; Peters, M. (2001). Education, Enterprise Culture and the Entrepreneurial Self: A Foucauldian Perspective. *Journal of Educational Enquiry* 2/2, 58-71; s. a. Peters, M. (2014). Wider die EU-Skepsis. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 12/2014, 37-41; Opitz, S. (2004).

Dieses – neoliberale - Denken bewertet Wettbewerb und Fortschritt höher als Solidarität und Gleichwertigkeit.

Die neuestes Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (2014)<sup>37</sup>

Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland

stellt einen Zusammenhang zwischen Rechtsextremismus und der Zustimmung zur Haltung der Agenda des Neoliberalismus fest:

„Menschen, die marktförmigen Extremismus [ihr Begriff für Neoliberalismus] befürworten,

tendieren auch stärker als andere dazu,

den Aussagen zum Rechtsextremismus zuzustimmen.“

Die AutorInnen erklären:

„Jahrzehntelanges Trommelfeuer durch die neoliberale Wende in der Sozial- und Wirtschaftspolitik

seit Mitte der 1980er-Jahre in Deutschland

zeige nun erstaunliche Wirkung.

Es hat Einfluss auf die Normen, Werte und die Lebensweisen der Menschen in Deutschland genommen und zeigt drastische Folgen auch auf die Persönlichkeit der Betroffenen:

Das manifeste Markt-Denken produziere auch alle Facetten des "Sieger"-Denkens,

führte direkt zu manifesten Vorurteilen gegen Leistungsschwächere und Nicht-Dazugehörige.“

In seiner Interpretation der Ergebnisse dieser Studie stellt Ralf Julke<sup>38</sup> fest:

Der Neoliberalismus zeige im Rechtsextremismus seine hässliche Rückseite.

Der Rechtsextremismus spreche elementare Grundhaltungen einer radikalen Marktkonditionierung an.

*Gouvernementalität im Postfordismus: Macht, Wissen und Techniken des Selbst im Feld unternehmerischer Rationalität.* Hamburg: Argument; Prinz, S. & Wuggenig, U. (2007). Das unternehmerische Selbst? Zur Realpolitik der Humankapitalproduktion. In: Krasmann, S. & Volkmer, M. (Hg.) *Michel Foucaults Geschichte der Gouvernementalität in den Sozialwissenschaften*, 239-265. Bielefeld: transcript;

<sup>37</sup> Friedrich-Ebert-Stiftung (2014). Pressemitteilung. Mitte-Studie der FES zeigt Rückgang rechtsextremer Einstellungen / Gleichzeitig Verlagerung in subtile Formen rechtsextremen und menschenfeindlichen Denkens / Deutlicher Anstieg des Antisemitismus zwischen Juni und September 2014. url: <[http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf\\_14/141120pressemitteilung.pdf](http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf_14/141120pressemitteilung.pdf)> (Stand: 19. 01. 2015).

Zick, Andreas und Anna Klein (2014). Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. url: <[http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf\\_14/FragileMitte-FeindseligeZustaende.pdf](http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf_14/FragileMitte-FeindseligeZustaende.pdf)> (Stand: 19. 01. 2015).

s.a. Trabold, Harald (2014). Kapital Macht Politik. Die Zerstörung der Demokratie. Marburg: Tectum.

<sup>38</sup> <http://www.l-iz.de/Leben/Gesellschaft/2014/11/FES-Studie-Fragile-Mitte-Feindselige-Zustaende-58307.html>

Er vereinige wie in einem Brennglas das medial vermittelte Bild einer Leistungs- und Elitengesellschaft.

Nicht die Rechtsextremen bedrohen das „demokratische Toleranzedikt der Anerkennung von Gleichwertigkeit“, sondern der „Rechtsextremismus treibt nur in Reinkultur ins Extrem, was die öffentlich gepredigte ‚Verwertungslogik‘ den Mitgliedern der Gesellschaft tagtäglich einbläut“.

## Es ist Krieg

stellte Warren Buffet (2003) fest: „class war“

und es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen.“<sup>39</sup>

„Egal ob wir gegen „Griechenland“ oder gegen „Russland“ hetzen“

„Verlierer werden in jedem Fall die Klassen der Bevölkerungen sein“ könnte man das Zitat von Warren Buffet aktualisierend weiterführen

Derrida sprach bereits 1993 von „**Bürgerkrieg**“ (S. 131)

einem „internationalen Bürgerkrieg“, in dem die „neue Weltordnung“ heute ihren Neo-Kapitalismus zu installieren versucht (S. 67).

In einem „Zehn-Punkte-Telegramm“ hält er das Gedächtnis über die "Wunden" dieses Bürgerkriegs wach:

“1. Die Arbeitslosigkeit, die "neue Armut": Diese „reguläre Störung eines neuen Marktes, neuer Technologien, einer neuen weltweiten Wettbewerbsfähigkeit“ werde „größtenteils verleugnet“.

“2. Der massive Ausschluss obdachloser Bürger von jeder Teilnahme am demokratischen Leben der Staaten, die Ausweisung oder Abschiebung so vieler Exilanten, Staatenlosen und Immigranten“.

“3. Der gnadenlose Wirtschaftskrieg“, der „alles beherrscht“.

“4. Die Unfähigkeit, die Widersprüche im Begriff, in den Normen und in der Realität des liberalen Marktes zu meistern“.

“5. Die Vergrößerung der Auslandsschulden“ treibt „einen großen Teil der Menschheit in Hunger und Verzweiflung“.

“6. Rüstungsindustrie und Waffenhandel [...] sind in die normale Steuerung der wissenschaftlichen Forschung, der Wirtschaft und der Kollektivierung der Arbeit in den abendländischen Demokratien eingeschrieben“.

<sup>39</sup> "If class warfare is being waged in America, my class is clearly winning." - Jahresbrief an die Investoren seines Fonds "Berkshire Hathaway", 2003, S. 7 [berkshirehathaway.com](http://berkshirehathaway.com)

“7. Die Ausweitung [...] der atomaren Bewaffnung.

“8. Die interethnischen Kriege“.

“9. Kapitalistische “Phantom-Staaten” der Mafia und des Drogenkonsortiums überwuchern nicht nur das sozioökonomische Gewebe, die allgemeine Zirkulation des Kapitals, sondern auch die staatlichen und zwischenstaatlichen Institutionen“.

“10. Der Zustand des internationalen Rechts; die Ungleichheit der Staaten vor dem Gesetz“; “die Hegemonie bestimmter Staaten über die militärische Macht im Dienst des internationalen Rechts" (Derrida 1993, S. 133ff).

Der Diskurs der Verantwortungsübernahme ist die zynische Verleugnung der Wunden dieses Bürgerkriegs, er ist seine Fortsetzung, die Fortsetzung des Kriegs, ebenso wie seine Vorbereitung

---

Anhang:

Auswärtiges Amt Stand: 18.02.2015 **Realitätscheck: Russische Behauptungen - unsere Antworten**

**1. Behauptung: Der Westen hat sich in die inneren Angelegenheiten der Ukraine eingemischt und zur Absetzung der legitimen Führung Janukowytsch beigetragen.**

**Richtig ist:** Konkreter Anlass für die Maidan-Protteste ab Herbst 2013 war die überraschende Entscheidung der ukrainischen Regierung am 21.11.2013, die langjährigen Verhandlungen über das EU-Ukraine Assoziierungsabkommen auszusetzen. Noch kurz zuvor hatte Präsident Janukowytsch das Ziel einer Zeichnung des Abkommens im November 2013 bekräftigt. Viele Bürger der Ukraine fühlten sich durch dieses Vorgehen getäuscht und reagierten mit Protesten u.a. auf dem Maidan in Kiew. Diese friedlichen Demonstrationen entwickelten sich zu Massenprotesten, die auch Forderungen nach umfassender Achtung rechtsstaatlicher Prinzipien, Korruptionsbekämpfung und ein Ende des gewaltsamen Vorgehens der Sicherheitskräfte gegen die Demonstranten aufnahmen. Westliche Politiker sprachen sich für eine friedliche Lösung aus und riefen die ukrainische Regierung zur Wahrung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit auf. Die Ukraine hat sich international gegenüber ihren Partnern zur Wahrung dieser politischen Grundfreiheiten und Menschenrechte verpflichtet.

**2. Behauptung: In Kiew sind Faschisten an der Macht.**

**Richtig ist:** An den Maidan-Protesten beteiligten sich radikale Gruppen, einige davon mit rechtsextremer Gesinnung. Diese machten zahlenmäßig jedoch nur einen kleinen Anteil an den Protestierenden (bis zu 2 Mio. gleichzeitig landesweit) aus. An der nach dem Machtwechsel am 27.02.2014 gebildeten Übergangsregierung waren diese Gruppierungen nicht beteiligt.

Die nach dem Machtwechsel an der Übergangsregierung beteiligte Partei Swoboda, die dem rechtsnationalen Spektrum zuzuordnen ist, scheiterte bei der Parlamentswahl im Oktober 2014 ebenso an der Fünf-Prozent-Hürde wie der „Rechte Sektor“. An der am 27.11.2014 bestätigten neuen ukrainischen Regierung sind beide Parteien nicht beteiligt.

Bereits bei der Präsidentenwahl am 25. Mai 2014 hatte sich gezeigt, dass rechtynationale Kräfte keine entscheidende Rolle in der ukrainischen Politik spielen. So erhielt der Kandidat der Swoboda, Tjagnybok, nur 1,16% und der Kandidat des „Rechten Sektors“, Jarosch, nur 0,7% der Stimmen.

### **3. Behauptung: Die Absetzung von Präsident Janukowytsch und die Einsetzung der Übergangsregierung waren ein Staatsstreich.**

**Richtig ist:** Nach der Gewalteskalation auf dem Maidan zeichnete Präsident Janukowytsch ein durch Vermittlung von Frankreich, Polen, Deutschland und Russland zustande gekommenes Memorandum zur friedlichen Beilegung der Krise. Nach der Zeichnung ist Präsident Janukowytsch in der Nacht vom 21. auf den 22.02.2014 aus Kiew geflohen. Auch die Mehrzahl der Minister hatte die Hauptstadt verlassen, sodass es keine handlungsfähige Regierung und kein handlungsfähiges Staatsoberhaupt gab. Parlamentssprecher Rybak legte sein Amt nieder. In dieser Situation stimmte das Parlament als de facto einzig handlungsfähiges und demokratisch legitimes Verfassungsorgan am 22.02.2014 mit 328 Stimmen ohne Gegenstimme dafür, Neuwahlen für das Präsidentenamt für den 25.05.2014 anzusetzen. Es enthob dabei den Präsidenten nicht durch ein förmliches Impeachment-Verfahren nach Art. 111 der Verfassung seines Amtes, sondern stellte einen Staatsnotstand aufgrund von dessen Unfähigkeit zur Amtsausübung fest, da er sich „in verfassungswidriger Weise seinen Amtspflichten entzogen habe“. Eine solche Situation ist in der ukrainischen Verfassung nicht explizit geregelt, sodass das Parlament als de facto einzig handlungsfähiges Verfassungsorgan die Notlage in Analogie zu Art. 108 (2) der Verfassung, der die krankheitsbedingte Amtsunfähigkeit regelt, behob. In der Folge wählte das Parlament am 23.02.2014 den neuen Parlamentspräsidenten Turtschinow mit 285 Stimmen zum amtierenden Übergangspräsidenten. Am 27.02.2014 wählte das Parlament dann Arseni Jazenjuk zum Ministerpräsidenten der Übergangsregierung.

### **4. Behauptung: In der Ukraine werden ethnische Russen / Russischsprachige diskriminiert und unterdrückt. Russen in der Ukraine haben Russland daher um Schutz / Unterstützung gebeten.**

**Richtig ist:** Einschlägige internationale Organisation wie z.B. das IKRK haben von Russland behauptete Gefährdungssituationen oder Opfer auf Seiten der russischsprachigen Minderheit nicht bestätigen können. Auch die OSZE Beobachtermission hat keine Bedrohung der russischsprachigen Minderheit feststellen können. Der Sondergesandte der VN, Simonovic, konstatierte in seiner Unterrichtung am 19.03.2014 im VN-SR, dass trotz einzelner Vorfälle --keine--systematische und umfassende Verletzung der Rechte der russischen Minderheit in der UKR vorliege.

Auch der ukrainische Parlamentsbeschluss vom 23.02.2014 zur Aufhebung des Sprachengesetzes von 2012, das weitgehende Anwendungsmöglichkeiten für Minderheitensprachen wie das Russische auch im öffentlichen, kulturellen und schulischen Bereich festschreibt, hat die Rechte der russischen Minderheit nicht eingeschränkt, da er nie in Kraft gesetzt und später zurückgenommen wurde. Eine repräsentative Umfrage (Gallup) von Mitte März 2014 unter 1200 Ukrainern hat ergeben, dass sich auch unter der russischsprachigen Bevölkerung nur eine Minderheit aufgrund ihrer Sprache bedroht fühlt. 66% fühlen dagegen gar keine (49%) oder eher keine (17%) Bedrohung. Im Übrigen: Selbst wenn die Lage der ethnisch/kulturell/sprachlich-russischen Gruppe in der Ukraine problematisch wäre, gäbe dies Russland immer noch kein Recht zur bewaffneten Intervention. Es gibt i.Ü. umgekehrt seit der völkerrechtswidrigen Annexion durch Russland ernste Sorgen um Minderheiten und politische Oppositionelle auf der Krim (Berichte des UN-ASG für Menschenrechte Simonovic und der OSZE Minderheiten-Hochkommissarin Thors).

### **5. Die Krim war immer „Russisch“.**

**Richtig ist:** Die Krim hat eine überaus wechselvolle Siedlungsgeschichte. Im Altertum siedelten dort Kimmerer, Taurer und später Griechen, im Zuge der Völkerwanderung kamen im 3. Jahrhundert Goten auf die Krim. Ihnen folgten ab dem 5. Jahrhundert Hunnen, Chasaren, Kumanen und Tataren. Nach der Mongolenherrschaft gehörte die Krim dann bis 1744 zum Osmanischen Reich, das ihr infolge des sechsten Russisch-Türkischen Krieges die Unabhängigkeit gewähren musste. Das Russische Reich hat die Halbinsel daraufhin 1783 annektiert. Nach der Verdrängung der turkstämmigen Bevölkerung wurde die Halbinsel mit russischen, aber auch deutschen, griechischen, bulgarischen und baltischen Bauern besiedelt.

Nach dem Zusammenbruch des Zarenreiches kam die Krim 1917 zur Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik und wurde mit dieser 1922 Teil der Sowjetunion, bevor sie 1954 innerhalb der Sowjetunion an die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik übertragen wurde. Entscheidend aber: Nach der Auflösung der Sowjetunion 1991 blieb sie Teil der nun unabhängigen Ukraine, deren territoriale Unversehrtheit auch Russland nicht zuletzt im Budapester Memorandum von 1994 explizit zugesichert hat (Abgabe von Atomwaffen gegen Garantie territorialer Unversehrtheit und freier wirtschaftlicher Entwicklung durch RUS, USA, GBR).

### **6. Behauptung: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker und das Referendum legitimieren die Abspaltung und Eingliederung der Krim und Sewastopols in die Russische Föderation.**

**Richtig ist:** Ob das Selbstbestimmungsrecht der Völker auch ein Recht auf Sezession umfasst, ist ebenso umstritten wie die Frage, was ein „Volk“ ist. Darauf kommt es hier aber gar nicht an, denn die völkerrechtswidrige russische Intervention hat die Abspaltung der Krim in jedem Falle völkerrechtswidrig gemacht. Sie stellte einen Verstoß gegen das Verbot von Androhung oder Anwendung von Gewalt in den zwischenstaatlichen Beziehungen nach Art. 2 (4) VN-Charta dar und verletzt die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine. Wegen der völkerrechtswidrigen Anwendung von Gewalt sind auch die dadurch erst ermöglichte Sezession der Krim von der Ukraine und ihr nachfolgender Anschluss an Russland völkerrechtswidrig.

Dass es vorher ein – verfassungswidriges - Referendum auf der Krim gegeben hat, ändert hieran nichts, zumal auch dieses Referendum erst durch die völkerrechtswidrige Intervention Russlands überhaupt möglich wurde und in ihrem Schatten stattfand.

**7. Behauptung: Der Westen misst im Fall der Unabhängigkeit des Kosovo und der Abspaltung der Krim mit zweierlei Maß.**

**Richtig ist:** Mit der Lage im Kosovo 1999-2008 ist die Lage auf der Krim 2014 weder rechtlich noch politisch vergleichbar. Dort gab es nach dem Eingreifen der NATO im Frühjahr 1999, das zur Abwendung einer drohenden humanitären Katastrophe erfolgte, eine durch den Sicherheitsrat der VN eingerichtete VN-Verwaltung (UNMIK) und intensive und langandauernde Bemühungen auch im multilateralen Rahmen um eine definitive konsensuale Status-Lösung. Die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo folgte dann auf das Scheitern dieser fast 10-jährigen Bemühungen, aber nicht als Folge und unter den Bedingungen einer gewaltsamen Intervention von außen.

Ganz anders im Fall der Krim: Die Sezessionserklärung vom März 2014 wurde überhaupt erst möglich durch die gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot verstoßende Intervention russischer Truppen auf der Krim, die die rechtmäßigen ukrainischen Behörden an der Wahrnehmung ihrer Aufgaben hinderten. Dieser Verstoß gegen das Gewaltverbot macht auch sein Ergebnis – die Sezession der Krim und ihre anschließende Aufnahme in den russischen Staatsverband – rechtswidrig. Da es sich beim Gewaltverbot um eine Norm zwingenden Völkerrechts handelt, darf kein anderer Staat das Ergebnis anerkennen.

**8. Bei dem Konflikt in der Ukraine handelt es sich um einen Konflikt zwischen der (faschistischen) Regierung in Kiew und lokalen Separatisten, Russland hat damit nichts zu tun.**

**Richtig ist:** Auch wenn große Teile der Bevölkerung des Donbass der Regierung in Kiew sehr kritisch gegenüber stehen, so hatten die bewaffneten, separatistischen Gruppen, die nach der Flucht von Präsident Janukowytch und seines Klans in das entstandene Machtvakuum stießen, nie die Unterstützung einer Mehrheit der Bevölkerung. Gegen die Versuche der Regierung, die öffentliche Ordnung wiederherzustellen, können sie sich nur dank fortgesetzter massiver Unterstützung aus Russland behaupten.

**9. Behauptung: Der Westen hat seit dem Ende der Sowjetunion eine systematische Politik der Ausgrenzung und der Schwächung Russlands betrieben.**

**Richtig ist:** Die Europäische Union und die NATO haben ein überragendes Interesse, dass Russland als starker Partner und auf Grundlage gemeinsamer Prinzipien zur Sicherung der europäischen Friedensordnung beiträgt. Sie haben daher seit dem Ende der Sowjetunion das Ziel einer engen und partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland verfolgt. So haben die EU und Russland 1997 ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen geschlossen und 2005 die Schaffung von vier gemeinsamen Räumen vereinbart. Zudem hat die EU Russland eine Modernisierungspartnerschaft angeboten, die Russland bei der Bewältigung wichtiger Herausforderungen in Schlüsselbereichen, wie beispielweise wirtschaftliche Innovation oder eine moderne Sozialpolitik, unterstützen soll. Auch die NATO hat sich um den Aufbau eines engen Netzwerks partnerschaftlicher Beziehungen bemüht und mit dem NATO-Russlands-Rat ein Forum für einen besonders engen Austausch geschaffen. Dieser partnerschaftliche und kooperative Ansatz fand seinen Ausdruck auch in der intensiven Unterstützung des russischen Beitritts zu internationalen Organisationen wie den G7, dem Europarat und der Welthandelsorganisation.

**10. Behauptung: Die NATO hat ihr Versprechen gebrochen, sich nach dem Kalten Krieg nicht nach Osten auszuweiten, und beeinträchtigt dadurch russische Sicherheitsinteressen.**

**Richtig ist:** In Bezug auf die Aufnahme weiterer osteuropäischer Staaten in die NATO gibt es keine verbindlichen Regelungen. Nach Ende des Kalten Krieges wurde lediglich die Frage einer NATO-Erweiterung auf dem Gebiet der (ehemaligen) DDR im Zuge der deutschen Wiedervereinigung im sog. „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ vom 12. September 1990 vertraglich geregelt. Ein möglicher Beitritt ostmitteleuropäischer Länder wurde in der Umbruchsphase nach Ende des Kalten Krieges sowohl unter den Mitgliedern des Bündnisses als auch innerhalb der damaligen US-Regierung unterschiedlich beurteilt. Eine Zusage der NATO als Organisation - d.h. einen Beschluss durch Zustimmung jedes einzelnen Mitglieds, dass die NATO keine neuen Mitglieder aus Osteuropa aufnimmt, - hat es nie gegeben. Der „Warschauer Pakt“ wurde zudem erst am 1. Juli 1991 offiziell aufgelöst, so dass sich diese Frage nicht unmittelbar stellte, wie auch der frühere sowjetische Präsident Gorbatschow im Herbst 2014 unterstrich.

Allerdings hatten bereits 1975 die Sowjetunion, die USA, Kanada sowie die Mehrzahl der europäischen Staaten die so genannte Helsinki-Schlussakte unterschrieben, die das Recht auf freie Bündniswahl garantiert. Das Prinzip der freien Bündniswahl wurde in der NATO-Russland-Grundakte von 1997, die zwei Jahre vor der ersten Erweiterungsrunde stattfand, bekräftigt. Auch 2002 wurde mit Schaffung des NATO-Russland-Rats erneut die Zusammenarbeit zwischen der Allianz und Russland vertieft – zwei Jahre vor der zweiten Erweiterungsrunde. Die Erweiterung der NATO verlief daher parallel zu einer Vertiefung der Zusammenarbeit mit Russland.

In der NATO-Russland-Grundakte verpflichteten sich die NATO-Staaten zudem freiwillig dazu, keine permanente Stationierung von substantiellen NATO-Kampftruppen in Beitrittsländern vorzunehmen sowie keine Nuklearwaffen dort zu stationieren. Daran hält sich die NATO weiterhin, während Russland auch die Prinzipien der NATO-Grundakte (keine Intervention in andere Staaten etc.) verletzt hat.

**11. Behauptung: Die NATO strebt nun auch die Aufnahme der Ukraine an, was von Russland zu Recht als Bedrohung der eigenen Interessensphäre wahrgenommen wird.**

**Richtig ist:** Im Einklang mit den Prinzipien der Helsinki-Schlussakte und der NATO-Russland-Grundakte kann die Ukraine frei wählen, ob und zu welchem Bündnis sie gehören möchte. Die NATO unterhält bereits seit 1997 eine besondere Partnerschaft mit der Ukraine unter dem Dach der NATO-Ukraine-Kommission. Die Staats- und Regierungschefs der NATO haben - auf Wunsch der damaligen Kiewer Regierung der Ukraine 2008 in Bukarest eine unspezifizierte Beitrittszusage gegeben. Als die Ukraine 2010 einen blockfreien Status gesetzlich verankerte, akzeptierte die NATO diese Kursänderung. Auf Einladung der Regierung wurde die Beratung und Unterstützung bei der Reform des Sicherheitssektors fortgeführt. Die Ukraine hat im Dezember 2014 den blockfreien Status aufgehoben. Laut Präsident Poroschenko liegt der Fokus derzeit auf der Umsetzung von Reformen, auch im Sicherheits- und Verteidigungssektor, womit eine Beitrittsfrage derzeit nicht auf der Tagesordnung steht.

**12. Behauptung: Die NATO profitiert von der Ukraine-Krise, da sie damit zu ihrer Mentalität des Kalten Krieges zurückkehren kann und wieder einen Gegner (Russland) hat.**



**Richtig ist:** Die NATO ist ein Verteidigungsbündnis, das die Sicherheit und Freiheit seiner Mitglieder garantieren soll. Nach Ende des Kalten Krieges sind neue Gefahren und Herausforderungen für die Sicherheit der Bündnispartner entstanden. Die NATO hat ihre drei Kernaufgaben im Strategischen Konzept 2010 daher mit kollektiver Verteidigung, Krisenmanagement und kooperativer Sicherheit beschrieben.

Nach Ende des Kalten Krieges haben die NATO-Mitgliedsstaaten ebenso wie Russland und andere Staaten zum Aufbau einer neuen kooperativen europäischen Sicherarchitektur beigetragen – aufbauend auf u.a. den Prinzipien von Helsinki, der Charta von Paris, durch Schaffung von Organisationen wie der OSZE.

Die NATO betrachtet Russland nicht als Gegner und sie hat in den letzten über 20 Jahre ein enges Netzwerk der Zusammenarbeit mit Russland aufgebaut ausgehend von der „Partnerschaft für den Frieden“ und des Euroatlantischen Kooperationsrats. Die NATO und Russland haben zudem eine besonders privilegierte Partnerschaft im Rahmen des NATO-Russland-Rats und auf Basis der NATO-Russland-Grundakte etabliert. Diese Zusammenarbeit wurde im Zuge des russischen Vorgehens in der Ukraine suspendiert. Sie kann jedoch, sobald die Voraussetzungen erfüllt sind, jederzeit wieder aufgenommen werden.

### **13. Behauptung: Die NATO versucht Russland zu schwächen und zu marginalisieren. Die NATO nutzt die Ukraine-Krise zur Aufrüstung an Russlands Grenzen. Außerdem ist der NATO-Raketenschild gegen Russland gerichtet.**

**Richtig ist:** Die Staats- und Regierungschefs haben beim Gipfel in Wales im September 2014 erneut betont, dass die Allianz keine Konfrontation mit Russland sucht und keine Bedrohung für Russland darstellt. Ebenso betonten sie, dass die NATO weiterhin eine konstruktive, kooperative Beziehung mit Russland anstrebt, und bedauern, dass die Grundlagen wegen des russischen Vorgehens in der Ukraine nicht gegeben sind. Die NATO und Russland haben bis zur Ukraine-Krise in einer Vielzahl von Bereichen eng kooperiert, die von Drogen- und Terrorbekämpfung über Seenotrettung von U-Booten bis zur zivilen Krisenplanung reichten.

Die NATO-Russland-Grundakte enthält eine Selbstverpflichtung der NATO, keine permanente Stationierung von substantiellen NATO-Kampftruppen in Beitrittsländern vorzunehmen sowie keine Nuklearwaffen dort zu stationieren. Die Grundakte erlaubt jedoch Verstärkung von Truppen. Der in Wales beschlossene NATO „Readiness Action Plan“, der eine beschleunigte Verlege- und Reaktionsfähigkeit von NATO-Kräften vorsieht, befindet sich damit in Einklang mit der NATO-Russland-Grundakte.

Die NATO hat von Beginn an erklärt, dass ihre geplante Raketenabwehr nicht gegen Russland gerichtet ist und die russischen Abschreckungsfähigkeiten nicht unterminieren kann. Sie richtet sich vielmehr gegen Bedrohungen von außerhalb des euro-atlantischen Gebiets und ist rein defensiver Natur. Dies haben die Staats- und Regierungschefs beim Gipfel in Wales nochmals ausdrücklich bekräftigt.

### **14. Behauptung: Die Östliche Partnerschaft der EU im Allgemeinen und das EU-UKR-Assoziierungsabkommen im Besonderen ist gegen Russland gerichtet.**

**Richtig ist:** Die Östliche Partnerschaft der EU im Allgemeinen und die in diesem Rahmen abgeschlossenen Assoziierungsabkommen im Besonderen bedeuten keinesfalls, dass die Östlichen Partner künftig keine engen Beziehungen zu anderen Nachbarn haben können. Ganz im Gegenteil: Die EU ist überzeugt, dass das Ziel einer stabilen, friedlichen und wirtschaftlich gedeihenden Nachbarschaft nur erreicht werden kann, wenn diese

Nachbarn ihrerseits auch gute Beziehungen untereinander und zu ihren Nachbarn haben. Es geht hier nicht um ein „entweder-oder“. Die Östliche Partnerschaft ist auch nicht starr auf den Abschluss von Assoziierungsabkommen ausgerichtet. Mit den ÖP-Ländern, die derzeit keine Assoziierung mit der EU anstreben (BLR, AZE und ARM), entwickelt die EU derzeit individuell angepasste Formen der Kooperation. Ein wichtiges Augenmerk liegt dabei auch auf bestehenden oder sich entwickelnden wirtschaftlichen Verbindungen der ÖP-Partner innerhalb des GUS-Raums. Die BuReg befürwortet daher einen Dialog zwischen EU, Östlichen Partnern und Eurasischer Wirtschaftsunion, sobald die politischen Voraussetzungen hierfür vorliegen.

**15. Behauptung: Nach Inkrafttreten des EU-UKR-Assoziierungsabkommens werden Produkte aus der EU den russischen Markt überschwemmen.**

**Richtig ist:** Dieses Argument zielt darauf ab, dass in der „Deep and Comprehensive Free Trade Area“ (DCFTA) EU-Waren ohne Zollschränken über die Ukraine nach Russland gelangen könnten, da Russland und die Ukraine über das GUS-Freihandelsabkommen verbunden sind. Das GUS-Freihandelsabkommen beinhaltet jedoch wie praktisch alle Freihandelsabkommen Ursprungsregeln. Waren aus der EU werden weiterhin russischen Zöllen unterliegen, wenn sie an der ukrainisch-russischen Grenze nach Russland exportiert werden sollten.

**16. Behauptung: Nach Inkrafttreten des EU-UKR-Assoziierungsabkommens werden höher wertige EU-Produkte in der Ukraine heimische Produzenten verdrängen; minderwertige ukrainische Produkte werden dann den russischen Markt überschwemmen, so dass Russland Schutzmaßnahmen ergreifen muss.**

**Richtig ist:** Bereits heute sind die ukrainischen Zölle für EU-Produkte nur mäßig hoch: im Industriebereich bei durchschnittlich 2,4%, im Agrarbereich bei 6,4%. So ist die EU bereits jetzt wichtigster Handelspartner der Ukraine. Ein sprunghafter Anstieg von EU-Exporten in die Ukraine ist deshalb nicht zu erwarten. Sektoren, bei denen eine Verdrängung ukrainischer Unternehmen aufgrund fehlender Wettbewerbsfähigkeit zu erwarten wäre, werden durch Übergangsfristen von bis zu 15 Jahren geschützt. Somit dürfte kein größerer Umlenkungseffekt hin zum russischen Markt stattfinden. Ukrainische Produkte werden für den russischen Markt kurzfristig nicht wettbewerbsfähiger werden. Wo sie grundsätzlich mit Russland konkurrieren können, halten sie bereits heute Marktanteile in Russland.

**17. Behauptung: Die Übernahme von EU-Standards durch die Ukraine wird den RUS-UKR Handel beeinträchtigen.**

**Richtig ist:** Das DCFTA enthält keine Bestimmungen, nach welchen Standards die UKR Produkte nach Russland exportiert. Richtig ist, dass nach mehrjährigen Übergangsfristen innerhalb der UKR zirkulierende Produkte sich internationalen bzw. EU-Standards annähern müssen. Diese Anforderungen müssten auch RUS Exporte erfüllen (Mehrheit der RUS Exporte aber Öl- und Gas). Aber auch RUS hat ein Interesse, eigene Produkte an internationale Standards auszurichten, um diese auf dem Weltmarkt anbieten zu können. Zudem haben die EU und die UKR in den trilateralen Gesprächen mit RUS angeboten, die Übergangsfristen zu verlängern und in vielen Bereichen technische GUS-Standards neben EU-Standards parallel fortzuführen.

**18. Behauptung: Die EU und ihre Partner haben gegen Russland Sanktionen verhängt, um Russland wirtschaftlich in die Knie zu zwingen.**

**Richtig ist:** Natürlich dienen die Sanktionen dazu, wirtschaftlichen Druck auf Russland auszuüben, aber das ist kein Selbstzweck. Ziel der Sanktionen ist es viel mehr, Russland zu mehr Gesprächsbereitschaft bei der Suche nach einer politischen Lösung des Ukraine-Konflikts in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht zu bewegen. Der zentrale Gradmesser bei den Wirtschaftssanktionen ist die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen. Deshalb sind die Sanktionen umkehrbar. Dies liegt im grundsätzlichen Interesse aller, denn eine schwache russische Wirtschaft schadet allen, nicht zuletzt auch der gemeinsamen Nachbarschaft. Den Schlüssel hält vor allem Russland in der Hand.